



**Ordentlicher Kreisparteitag
SPD-Kreisverband Rheinisch-Bergischer Kreis
am 16. November 2019 in Bergisch Gladbach**

Antragsbuch

Empfehlungen der Antragskommission

zu den Anträgen zum Kreisparteitag am 16. November 2019 in Bergisch Gladbach

A 1 keine Empfehlung

Zur Präzisierung wird jedoch angeregt, den letzten Satz des Antragstextes am Ende wie folgt zu ändern:

alt: „... ratifiziert.“

neu: „... ratifizieren lässt.“

A 2 Annahme in der geänderten Fassung:

Satz eins soll wie folgt ergänzt werden (Änderungen in Rot“:

„Die SPD im Rheinisch-Bergischen Kreis ~~spricht sich gegen~~ ist der Auffassung, dass die bisher erreichten Ziele der Großen Koalition eine Weiterführung der Großen Koalition bis zum regulären Ende der 19. Wahlperiode ~~aus~~ nicht rechtfertigen.“

Satz zwei soll gestrichen werden

1 **SPD-Kreisparteitag am 16. November 2019 in Bergisch Gladbach**

2
3
4 **Antrag Nr. A 1**

5
6
7 **Antragsteller: SPD Ortsverein Witzhelden**

8
9
10 **Betreff: Unterzeichnung des Atomwaffenverbotsvertrages durch die**
11 **Bundesregierung**

12
13
14
15
16 **Adressat: SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Bundeskongress**

17
18
19
20
21
22 **Der Kreisparteitag möge beschließen:**

23
24 Die SPD setzt sich dafür ein, dass die Bundesregierung so bald wie möglich den
25 Atomwaffenverbotsvertrag unterzeichnet – so wie schon über 70 Staaten – und ihn
26 anschließend entsprechend ratifiziert.

27
28
29 **Begründung:**

30
31 Der **Atomwaffenverbotsvertrag** ist eine internationale Vereinbarung, die Entwicklung, Pro-
32 duktion, Test, Erwerb, Lagerung, Transport, Stationierung und Einsatz von Atomwaffen ver-
33 bietet. Auch die Drohung damit fällt unter das Verbot.

34 Die erste Verhandlungsrunde der UN-Generalversammlung dazu fand in New York 2017
35 statt. Am 07. Juli 2017 wurde der Vertrag mit 122 Stimmen angenommen. Bis August 2019
36 hatten 70 Staaten unterzeichnet, 26 Staaten – darunter Österreich – den Vertrag ratifiziert.
37 90 Tage nach der 50. Ratifizierung wird der Vertrag in Kraft treten.

38 Gerade momentan sollte es für alle verantwortungsbewussten Menschen selbstverständlich
39 sein, dass Atomwaffen niemals mehr eingesetzt und die schon vorhandenen vernichtet wer-
40 den sollten.

41 Außerdem könnten mit den beträchtlichen Mitteln des Rüstungshaushaltes, die ja auch noch
42 steigen sollen, zahlreiche Themenfelder sinnvoll und nachhaltig bearbeitet werden. Dazu ge-
43 hören an vorderster Stelle Klimaschutz und Bildung.

44
45
46
47
48
49
50 Annahme: Ablehnung: Überweisung an:

1 **SPD-Kreisparteitag am 16. November 2019 in Bergisch Gladbach**

2
3
4 **Antrag Nr. A 2**

5
6
7 **Antragsteller:** **Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten in der SPD (Jusos) – Kreisverband Rheinisch-Bergischer Kreis**

8
9
10
11
12 **Betreff:** **Situation in der Groko- So kann es nicht weitergehen!**

13
14
15
16
17 **Adressat:** **SPD-Kreisparteitag**

18
19
20
21 **Der Kreisparteitag möge beschließen:**

22
23 Die SPD im Rheinisch-Bergischen Kreis spricht sich gegen eine Weiterführung der
24 Großen Koalition bis zum regulären Ende der 19. Wahlperiode aus.

25
26 Sofern der Bundesparteitag Ende des Jahres über den Verbleib in der jetzigen Re-
27 gierungskonstellation entscheidet, soll das Votum des Kreisparteitages den Delegier-
28 ten mit auf den Weg gegeben werden.

29
30
31 **Begründung:**

32
33 Im Koalitionsvertrag ist festgelegt, dass nach zwei Jahren Bilanz gezogen wird. In der
34 Bevölkerung herrscht eine große Unzufriedenheit über die Regierungsarbeit, **nur noch**
35 **sieben Prozent** (Infratest Dimap) der WählerInnen trauen uns zu Antworten auf die
36 Fragen der Zukunft zu liefern. Während Leuchtturmprojekte wie die Grundrente von
37 der CDU/CSU blockiert werden, wird das realisierte Klimapaket von Wissenschaftle-
38 rInnen für zu ambitionslos und nicht sozial gerecht erklärt. Durch die Fokussierung auf
39 einen ausgeglichenen Haushalt ist Vermögen so ungleich wie noch nie verteilt, sind
40 Mieten exorbitant gestiegen und öffentliche Einrichtungen, wie Schulen, marode. Die
41 vergangenen Jahre haben gezeigt, dass die Union kein Interesse daran hat diese
42 Missstände gemeinsam zu lösen und überhaupt die Verteilungsfrage zu stellen. In Zei-
43 ten von Niedrigzinsen ist die schwarze Null nicht Antwort des Problems und darf erst
44 Recht nicht aus der Feder eines sozialdemokratischen Finanzministers kommen. Die
45 Verteilungsfrage muss die SPD in Zukunft klarer stellen und sich deutlicher von der
46 Union abgrenzen. Denn nur mit einer Beantwortung dieser Fragen und einer unver-
47 wechselbaren Positionierung kann die SPD ihre verlorene gegangene Glaubwürdigkeit
48 wieder zurückerlangen. Dies wird aus unserer Sicht kaum derzeit mit der CDU/CSU
49 möglich sein.

50
51 Eine weitere Begründung erfolgt.

52
53 Annahme:

Ablehnung:

Überweisung an: